



Stadt Eschweiler  
Der Bürgermeister  
12/ Organisationsamt

Vorlagen-Nummer

**186/10**

1

# Sitzungsvorlage

Datum: **06. Juni 2010**

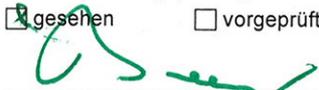
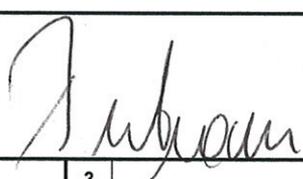
Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Beschlussfassung	Stadtrat	öffentlich	30.06.2010	
2.				
3.				
4.				

**Resolution zur Kampagne "Steuer gegen Armut"**  
hier: **Antrag des Ratsmitgliedes Albert Borchardt (DIE LINKE) vom 17.05.2010**

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Eschweiler unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,05 %.
2. Der Rat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften 	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Ratsmitglied Borchardt (Die Linke) hat mit Schreiben vom 17.05.2010 beantragt, dass der Rat der Stadt Eschweiler die im Beschlusssentwurf dargestellte Resolution fasst.

Weitere Informationen ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten o. a. Schreiben.

Anlage

# DIE LINKE.

IM RAT DER STADT ESCHWEILER

Ratsmitglied  
Albert Borchardt  
Haus Palant  
52249 Eschweiler

Festnetz: 02403 / 72 02 643

Mobil: 0179 / 648 32 05

E-mail: albertborchardt@dielinke-eschweiler.de

An den  
Bürgermeister der Stadt Eschweiler

PE K.S. 10  
SK

Ratsantrag „DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler“:

## Resolution

**Eschweiler unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“**

Montag, 17. Mai 2010

Andreas  
II/150

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

hiermit beantrage ich,

Der Rat der Stadt Eschweiler möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Eschweiler unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,05%.
2. Der Rat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationale, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

## Begründung:

1. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch die Stadt Eschweiler getroffen, die Stadt befindet sich in der Haushaltssicherung. Gleichzeitig werden die Steuern auf Bundesebene immer weiter gesenkt und die Kommunen so an den Rand der Handlungsunfähigkeit getrieben. Eschweiler braucht wie alle Kommunen endlich eine solide Ausstattung. Neben einer Neuordnung des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird eine Steuer auf Finanztransaktionen helfen, staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu finanzieren.

Der Finanzmarkt ist zudem immer noch nicht stabil, weitere Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen.

2. In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Natürlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen zu begrenzen.

Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken - wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken - die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten eine Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgabe und finanzieren damit ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst. Auch die Stadt wird aufgrund geringerer Ausschüttungen der Sparkasse die Krise doppelt bezahlen. Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten – auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen.

3. Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von ein Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden. Diese Einnahmen könnten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden. Dadurch würde auch die weltweite Solidarität gestärkt.

Weitere Informationen unter:  
<http://www.steuer-gegen-armut.org/>

Mit freundlichen Grüßen



Albert Borchardt

Zur Kenntnisnahme gesandt an:  
SPD-Fraktion  
CDU-Fraktion  
FDP-Fraktion  
Grüne Fraktion  
UWG-Fraktion  
Presse